

## Analysen

*Klaus Dörre*

### **Rechte Orientierungen in der Arbeitswelt: Marktsteuerung als Ursache des neuen Rechtspopulismus?**

Ende der 1990er Jahre schien es, als solle ein „dritter Weg“ zwischen Marktfundamentalismus und staatsfixierter Sozialdemokratie für längere Zeit die politische Entwicklung Westeuropas bestimmen. 1998 wurden immerhin 13 der damals 15 EU-Mitgliedsstaaten von Mitte-Links-Koalitionen regiert. Doch schon wenige Jahre später hat sich eine erneute politische Trendwende vollzogen. Zahlreiche Mitte-Links-Regierungen mussten vernichtende Wahlniederlagen hinnehmen. An ihre Stelle sind in neun von 15 EU-Mitgliedsstaaten Rechtsregierungen getreten, die teilweise – und das ist neu – rechtspopulistischen Organisationen einen festen Platz bieten. In den Niederlanden (Liste Pim Fortuyn), in Österreich (FPÖ) und in Portugal (Volkspartei) waren bzw. sind rechte Parteien in den Regierungen vertreten. Die italienische Regierung Berlusconi stützt sich auf die postfaschistische Alleanza Nazionale und die separatistische Lega Nord. In Norwegen (Fortschrittspartei) und Dänemark (Volkspartei) haben sich rechtspopulistische Formationen mit den bürgerlichen Regierungen verbündet. Und auch dort, wo sie vom Regieren ausgeschlossen ist, hat die extreme Rechte – etwa bei den französischen Präsidentschaftswahlen – spektakuläre Wahlerfolge erzielen können. Deutschland konnte sich diesem Trend bei nationalen Wahlen zwar bislang entziehen, doch auch hierzulande haben Formationen wie Republikaner, DVU, Schill-Partei und in kleinerem Maßstab auch die NPD auf kommunaler und Länderebene z. T. Ergebnisse weit oberhalb der Fünf-Prozent-Marke erzielen können. Freilich: So rasch wie sie gekommen sind, so schnell sind die Rechtspopulisten nicht nur in Berlin, Bremen, Baden-Württemberg oder Sachsen-Anhalt, sondern auch in Wien und Amsterdam auf Normalmaß zurückgestutzt worden. Angesichts des Debakels von

FPÖ und Fortuynisten sprechen manche bereits von einer Krise des rechten Populismus.

Handelt es sich also, wie manche meinen, um einen kurzzeitigen Spuk, den gefestigte parlamentarische Demokratien in kurzer Zeit der „Problemlösungsunfähigkeit“ zu überführen und damit zu entzaubern vermögen? Oder muss man, wie Ulrich Beck (2002), den Rechtspopulismus als „politisches Erdbeben“ begreifen? Als gegenmoderne Reaktion „auf das Fehlen jeglicher Perspektive angesichts einer Welt, deren Grenzen und Grundlagen in Fluss geraten sind“ (ebd., 7f)? Nach meiner Auffassung wäre es falsch, wollte man die Mobilisierung von Rechts als einen kurzzeitigen Spuk abtun. Doch auch zu Ulrich Becks Interpretation lässt sich Widerspruch anmelden. Der neue Rechtspopulismus ist antidemokratisch und antiegalitär, es handelt sich jedoch keineswegs um eine gegenmoderne Strömung. In meinen Augen stellt der neue Rechtspopulismus in seinen aktuell erfolgreichsten Varianten den Versuch dar, in einer globalisierten Welt die soziale Frage als nationale zu rethematisieren und sie gegen die etablierte, vermeintlich problemlösungsunfähige politische Elite zu wenden. Dabei kann er an Wertorientierungen und Interessenkonfigurationen anknüpfen, die man vor noch nicht allzu langer Zeit eher als Sozialstaatsbewusstsein sozialdemokratischer Arbeiter begriffen hätte. Wer dies verkennt, muss damit rechnen, dass gut gemeinte Gegenstrategien in den Betrieben und Unternehmen mitunter das Gegenteil von dem erreichen, was sie eigentlich bezwecken.

Ich möchte diese Sicht der Dinge in drei Teilschritten entfalten. Zunächst will ich Rechtspopulismus definieren und klären, was an den rechten Strömungen und ihren Politikangeboten neu ist (1). Nachfolgend gehe ich am Beispiel der Arbeitswelt auf die Triebkräfte rechtspopulistischer Strömungen ein (2.), um abschließend (3.) die Schwierigkeiten eines gut gemeinten „Anti-Rechtsextremismus“ zu diskutieren.

## 1. Rechtspopulismus als Herausforderung

In der politischen Alltagsdebatte wird Populismus häufig als Kampfbegriff verwendet. Das Etikett steht dann für emotionalisierende, nicht-sachgerechte Mobilisierungsstrategien und dient in dieser Verwendung der Abqualifizierung des politischen Gegners

(Birsl/Lösche 2001). Ein wissenschaftlicher Definitionsversuch fällt ungleich schwerer, denn ideengeschichtlich ist der Populismus-Begriff auf so unterschiedliche Formationen wie das amerikanische Populist Movement am Ende des 19. Jahrhunderts, die populistischen Bewegungen in Lateinamerika (Peronisten) oder die russischen Volkstümpler angewendet worden. In der aktuellen sozialwissenschaftlichen Debatte bezeichnet der Begriff Rechtspopulismus hingegen politische Strömungen, die sich (a) von überkommenen Formen des Rechtsextremismus abgrenzen, die (b) scheinbar klassen- und schichtübergreifend mobilisieren und die (c) häufig eine Art politisch-ideologisches „Scharnier“ zwischen etabliertem Konservatismus und organisiertem Rechtsextremismus darstellen. Wie alle politischen Formationen umfasst der neue Rechtspopulismus drei Ebenen oder „Stockwerke“ (Hall 1994).

Im *obersten Stockwerk* finden sich quasi-wissenschaftliche Interpretationen der sozialen Realität. Rassismus, Antisemitismus oder autoritäre Staatsvorstellungen berufen sich stets auf Ideensysteme und politische Philosophien, die den wissenschaftlichen Theorietyp zumindest nachahmen. Auf dieser Ebene agieren die „konzeptiven Ideologen“ der neuen Rechten. Ihre Funktion besteht wesentlich darin, das Grundmuster rechter Einstellungen – etwa das Bekenntnis zum „Recht des Stärkeren“, Sozialdarwinismus, Hochschätzung von Gewalt als Mittel der Politik, Herabsetzung der Werte Freiheit und Gleichheit, Führerkult und Verachtung für Demokratie und internationale Verständigung – an die jeweiligen historisch-politischen Umstände anzupassen. Die *zweite Ebene* beinhaltet die der politischen Programmatik, die operativen Versuche zur Umsetzung dieser Ideen, die Beeinflussung gesellschaftlicher Diskurse und politischer Entscheidungen sowie die faktische Legalisierung bestimmter Ideen in den institutionellen Praktiken staatlicher Organe. Das *dritte Stockwerk* schließlich ist das Terrain des Alltagsverstandes und der Alltagskultur. Hier finden sich zahlreiche Übergangsformen vom gewöhnlichen Ressentiment hin zu extrem rechten Orientierungen.

Was ist nun neu am aktuellen Rechtspopulismus? Meine Definition schließt ein, dass sich rechtspopulistische Integrationsideologien als historische Gebilde und „Strukturen zweiter Ordnung“ (Bourdieu/Wacquant 1996) flexibel an den gesellschaftlichen Wandel anpassen können. Streng genommen handelt es sich gar nicht um neue Ideologien, sondern um eine Bricolage alter und neuer

Elemente, die dann auf mehr oder minder originelle Weise verflochten werden. Gegenwärtig sind wir Zeugen eines solchen „Modernisierungsschubs“ der extremen Rechten. Wie alle politischen Formationen sieht sich die antidemokratische Rechte mit einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel konfrontiert. Ökonomische Globalisierung, Umwälzung der nationalen Arbeitsgesellschaften, wachsende Ungleichheit, Migration und die Erosion sozialstaatlicher Sicherungssysteme erzeugen eine Vielzahl von Friktionen und Unsicherheitserfahrungen, die sich potentiell für rechtsextreme Anrufungen nutzen lassen. Erfolgreich können die rechten Formationen nur operieren, wenn sie auf allen „Stockwerken“ Bindefähigkeit entwickeln. Für den neuen Rechtspopulismus ist daher charakteristisch, dass er sich um einen „modernen“ Zuschnitt seiner Ideologie- und Politikangebote bemüht. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich einige dieser „Modernisierungsleistungen“ beleuchten.

Auf der *konzeptiv-ideologischen Ebene* ist das einflussreichste Konzept wohl etwas, was der französische Forscher Taguieff als „Rassismus ohne Rassen“ bezeichnet. Der biologisch begründete Rassismus der Nationalsozialisten ist in Westeuropa diskreditiert, wengleich es auch hier Neubegründungsversuche gibt. An die Stelle völkischer oder rassistischer Ideologeme setzen die Ideologen der neuen Rechten Konzeptionen einer homogenen, quasi-natürlichen National-Kultur. Der vermeintliche „Clash of Civilisations“ (Huntington) wird so zu einer Basisannahme, entlang der sich die Modernisierung der extremen Rechten vollzieht. Gleich ob Riots in Los Angeles oder ethnisch aufgeladene Konflikte in Rotterdam – stets lautet die Botschaft der Vordenker des Rechtspopulismus: Seht her, die multikulturelle Gesellschaft, der Melting Pot ist eine Illusion! Als Alternative wird eine Kulturkonzeption vorgestellt, die scheinbar positiv an ein liberales oder gar antiimperialistisches Kulturverständnis anschließt. Die Legitimität verschiedener Kulturen wird nicht bestritten. Kulturimperialistischer Gleichmacherei begegnen die Rechtspopulisten mit der Devise, dass jeder „seine“ Kultur leben können muss. Die eigene Kultur soll man jedoch dort leben, wo diese Kultur ursprünglich beheimatet ist. Nur vermeintlich authentische Kulturen gelten als „stark“; Multikulturalismus wird dagegen als Bedrohung und Regression stigmatisiert. Der naturalisierte Kulturbegriff dient als entscheidendes Kriterium für Einschluss und Ausschluss, für Über- und Unterordnung. Bezeichnend ist, dass er sich in seinen rechten Zuspitzungen gegenwärtig vor allem gegen

außereuropäische und daher vermeintlich nicht integrationsfähige Kulturen richtet. Dieses Kulturverständnis läuft mindestens auf ein einseitiges Integrationsverständnis, in letzter Konsequenz aber auf die Koexistenz vieler Apartheid-Staaten hinaus (Taguieff 1991, 221).

Auch auf der *politisch-programmatischen Ebene* zeichnen sich neue Entwicklungen ab. Während der 1980er und frühen 1990er Jahre bemühten sich rechtspopulistische Formationen wie der Front National, die Lega Nord, die FPÖ und – weniger klar konturiert – auch die deutschen Republikaner zunächst, mit ultraliberalen Wirtschaftsprogrammen die „Leistungseliten“ gegen die vermeintliche reformunfähige politische Klasse zu mobilisieren. Dieser extreme Wirtschaftsliberalismus war häufig mit autoritären Ordnungsvorstellungen für Staat, Gesellschaft und Familien verknüpft. Seit den frühen 1990er Jahren hat sich hier freilich eine beträchtliche Veränderung vollzogen. Rechtspopulistische Parteien wie die FPÖ und der Front National haben sich demonstrativ den Verlierern der wirtschaftlichen Globalisierung zugewandt. So kann man für den Front National feststellen, dass der Schutz vor fortschreitenden Globalisierungstendenzen spätestens seit den Parlamentswahlen von 1993 zu einem der Hauptziele der Partei avanciert ist. Die französische Wirtschaft soll gegen den „wilden Wettbewerb“ des globalisierten Kapitalismus abgeschirmt werden. Die FPÖ wandelte sich in den 1990er Jahren programmatisch von einer „Fürsprecherin der Leistungseliten“ zu einer „Anwältin der Arbeitnehmer, die es schwer haben im Wettbewerb“. In beiden Fällen war der programmatische Wandel mit beträchtlichen Verschiebungen in der sozialen Basis der Parteien verbunden. Im Falle des Front National lässt sich während der 1990er Jahre eine deutliche Proletarisierung der Partei feststellen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1995 stimmten 30% der Arbeiter für Le Pen, 25% der Arbeitslosen und 40% der arbeitslosen Arbeiter. Ähnliches lässt sich für die FPÖ feststellen. Zwischen 1986 und 1995 wuchs der Anteil der Arbeiter, die sich für die FPÖ entschieden, von 10% auf 34%. Die Arbeiterstimmen lagen damit prozentual bei weitem über dem Gesamtergebnis der Partei, die 1995 knapp 22% der Stimmen errang (Plasser u. a. 1995). 1996 fiel diese Tendenz noch dramatischer aus; 50% der Wähler aus der Arbeiterschaft votierten für die FPÖ. In diesem Zusammenhang sprechen Beobachter wie der Politikwissenschaftler Hans-Georg Betz (2001) daher bereits von einer „Arbeiterpartei neuen Stils“.

In Deutschland haben die rechtspopulistischen Organisationen diesen Strategiewechsel bislang nicht erfolgreich bewältigt. Die Republikaner sind am Zwiespalt ‚neoliberaler Appell an die Leistungseliten versus plebejische Wende (Schönhuber)‘ faktisch zerbrochen. Dennoch sprechen viele Daten dafür, dass vor allem jüngere, männliche *Arbeiter* in überdurchschnittlich hohem Maß für rechtspopulistische Anrufungen offen sind. Schon jetzt reicht der Einfluss rechter Strömungen auch in Deutschland bis tief in die Organisationen der Arbeiterbewegung hinein. Empirisch belegt ist, dass eine Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht mehr automatisch gegen rassistische oder rechtsextreme Anrufungen immunisiert. Einige Untersuchungen gehen gar davon aus, dass Gewerkschaftsmitglieder in überdurchschnittlich hohem Ausmaß zu rechtsextremen Orientierungen neigen. Fallstudien haben zudem gezeigt, dass gewerkschaftlicher Aktivismus eine rechtspopulistische Gesinnung keineswegs ausschließt (Zusammenfassend: Dörre 2002). Für die Zukunft prognostizieren Politikwissenschaftler wie Minkenberg (2001), Stöss (1999) und – zurückhaltender – Kitschelt (2001), dass die Parteien der extremen Rechten noch deutlicher zu postindustriellen Arbeiterparteien werden könnten.

## 2. Welche Ursachen besitzt der neue Rechtspopulismus?

Wie lässt sich diese Attraktivität rechter Anrufungen, die sich, wie die „Job-Wunderländer“ Holland, Norwegen und Dänemark zeigen, keineswegs auf die unmittelbaren Globalisierungsverlierer beschränkt, erklären? Die Beantwortung dieser Frage ist für die Deutung des Phänomens „neuer Rechtspopulismus“ zentral. Ich möchte – auch hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit – zwei Ursachenbündel hervorheben.

### 2.1 Neue Spaltungslinien in der Arbeitswelt und die Zumutungen des Selbstregierens

Hellsichtige Beobachter wie der französische Soziologe Robert Castel (2000) gehen davon aus, dass infolge von Globalisierung, technisch-organisatorischem Wandel in den Unternehmen und der Erosion kollektiver Regulierungen in den nationalen Arbeitsgesellschaften

eine dreifache Spaltung stattfindet. In der – schrumpfenden – „Zone der Integration“ dominieren noch immer relativ geschützte Normarbeitsverhältnisse. Parallel entsteht jedoch eine „Zone der Entkoppelung“ bzw. eine „Zone sozialer Ausgrenzung“, in der sich der Ausschluss von Erwerbstätigkeit verfestigt (Kronauer 2002). In dieser Zone befinden sich die „Entbehrlichen der Arbeitsgesellschaft“, die im wahrsten Sinne des Wortes „Überflüssigen“ und „Ausgestoßenen“ (Wacquant 1997). Zwischen beiden Polen öffnet sich eine „Zwischenzone der Prekarität“, in der die „Verwundbarkeit“ der Arbeitenden jederzeit gegeben ist (Castel 2000, 415). Man kann darüber streiten, inwieweit diese Tendenz sich in Deutschland bereits verfestigt hat. Das Schrumpfen einer „Zone der Integration“ und das Anwachsen einer Zone der Prekarität sind jedoch eindeutig belegt (Mayer-Ahuja 2003).

Nutzt man den Drei-Zonen-Ansatz als heuristisches Modell, stößt man auf einen charakteristischen Fehlschluss vieler Rechtsextremismus-Forscher. Wenn sich zeigt, dass Arbeitslose oder prekär Beschäftigte für rechte Botschaften nicht überdurchschnittlich empfänglich sind, werden strukturalistische Erklärungsvariablen rasch ausgeblendet. Die Ursachen des Rechtsextremismus werden dann ausschließlich in der Sphäre politischer Diskurse und Repräsentationen verortet. Nun ist richtig, dass Globalisierungsfolgen und strukturelle Verwerfungen in der Arbeitswelt von tätigen Subjekten auf höchst unterschiedliche Weise verarbeitet werden können. Dass die Mehrzahl der Arbeiter keineswegs zu rechtspopulistischen Formationen tendiert, ist ebenfalls nicht zu bestreiten. Dennoch entstehen in der Arbeitswelt Dispositionen und Orientierungen, die sich für rechtspopulistische Anrufungen eignen. Das gilt insbesondere für die „Zone der Integration“, in der internalisierte Sicherheitsansprüche der Beschäftigten mit einem lange Zeit unbekanntem Maß an Unsicherheit und Ungewissheit konfrontiert werden.

Meine These ist, dass wirtschaftliche Internationalisierung und das Eindringen von Marktmechanismen in die Unternehmen (Shareholder-Value-Steuerung, Orientierung des Managements am kurzfristigen Profit, Standortkonkurrenzen und permanente Reorganisation) samt der damit korrespondierenden Rückbindung von Arbeitskraft an Marktrisiken (Re-Kommodifizierung) das soziale Integrationspotential von Erwerbsarbeit insgesamt schwächen. Diese Entwicklung erzeugt Konfliktstoff, dessen alltagsweltliche Bear-

beitung das Terrain für rechtspopulistische Anrufungen bereiten kann.

Nachfolgend soll das an einem Beispiel aus der „Zone der Integration“ illustriert werden. Es geht um eine Gruppe von jungen Ingenieuren aus einem geradezu modellhaft reorganisierten Maschinenbau-Betrieb. Nach ihrer Haltung zur aktuellen Tarifrunde befragt, lassen die Angestellten keinen Zweifel an der Notwendigkeit von Gewerkschaften. Selbst Nichtgewerkschaftsmitglieder plädieren für Gegenwehr, sofern „die andere Seite mit ihren Forderungen nach Lohnzurückhaltung den Bogen überspannt“. Entscheidend sind jedoch die Nachsätze, mit denen solche Aussagen häufig versehen werden. Eine Passage aus dem Interview mit einem unorganisierten Ingenieur ist aufschlussreich:

Herr I: „Ich meine nicht, dass es an uns ist, dauernd Lohnverzicht zu üben. Wir müssen ja immer mehr für unser Geld leisten. Wenn die Arbeitgeber überziehen, dann bin ich dafür, dass man sich wehrt, notfalls auch mit Streik. Sparen kann man an anderer Stelle!“

Interviewer: „Wo?“

Herr I: „Das habe ich mir gedacht, dass Sie das fragen. Na, zum Beispiel bei den Asylanten. Verstehen Sie mich richtig. Ich habe nichts gegen Ausländer. Die, die wir gerufen haben, die, die hier arbeiten, die sollen bleiben. Aber was jetzt so alles reinströmt. Das können wir nicht mehr bezahlen!“

Bezeichnend ist der Perspektivwechsel des Befragten. Zunächst orientiert sich die Interpretation des gesellschaftlichen Verteilungskonflikts an Lohnarbeiterinteressen. Im Verlauf des Gesprächs kippt jedoch diese Perspektive; der Sprecher bedient sich einer Innen-Außen-Semantik, die den „produktiven“, „nützlichen“ Kern der Gesellschaft den „unproduktiven“, „überflüssigen“ und somit „randständigen“ Asylbewerbern gegenüberstellt. Auf diese Weise verwandeln sich Verteilungskonflikte zwischen sozialen Klassen in Auseinandersetzungen zwischen „produktivem“ Zentrum der Gesellschaft und „unproduktiver“ Peripherie.

Dass qualifizierte Ingenieure eine solche Position beziehen, hängt auch mit der Veränderung ihrer Tätigkeit zusammen. Das gesamte Produktionsgeschehen ist auf „den Kunden“, auf „den Markt“ ausgerichtet. Der Betrieb funktioniert nach der Devise, dass nur diejenigen Produkte gebaut werden, die auch bestellt sind.

Jedes bestellte Produkt soll dann jedoch binnen kürzester Zeit und in optimaler Qualität geliefert werden. Dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn die Belegschaft als „Flexibilitätspuffer“ nutzbar ist. Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten werden optimal an die absatzgesteuerte Produktion angepasst. Das schafft viele Freiräume. Der zentrale Imperativ der flexiblen Betriebsorganisation, ‚Sei verfügbar, wann immer Du gebraucht wirst‘, kann jedoch auch als Unterordnung der gesamten Person unter fremdbestimmte Zwecke erfahren werden. Der „Kopf ist selbst während der freien Zeit noch im Geschäft“, berichten die Ingenieure. Jener Leidensdruck, der aus erzwungener Unterordnung unter die Gebote „des Marktes“ resultiert, kann sich in Abgrenzung von Anderen, Schwächeren, vermeintlich parasitären Gruppen der Gesellschaft ein Ventil suchen.

Betriebsfallstudien belegen, dass sich die innere Logik des Ingenieurs-Beispiels durchaus verallgemeinern lässt (Dörre 2002). Offenbar generiert die flexibel-marktzentrierte Produktionsweise einen Modus der Selbstzuschreibung und – so könnte man in Anlehnung an Foucault (2000) sagen – des Selbstregierens, der zum Katalysator einer markt kompatiblen, individualistischen Subjektivität geworden ist. Der aus marktzentrierter Kontrolle resultierende Zwang zur Selbstvermarktung bewirkt Selbstinstrumentalisierung im Namen „des Marktes“. Und wer dazu tendiert, seine eigene Subjektivität für fremdbestimmte Zwecke zu instrumentalisieren, der ist geneigt, andere am gleichen Maßstab zu messen. Das erklärt, weshalb auch und gerade in der „Zone der Integration“ Empfänglichkeit für rechtspopulistische Anrufungen existiert.

## 2.2. Die Ideologie des reaktiven Nationalismus

Denn die Produktionsweise des – wie der nordamerikanische Soziologe Richard Sennett (1998) ihn nennt – flexiblen Kapitalismus reproduziert eine altbekannte Paradoxie: Einerseits werden die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten möglichst mobil gehalten, um die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu sichern, andererseits werden Arbeitskollektive über längere Zeiträume stabilisiert, um sie zur Arbeit zu ‚erziehen‘ und sie an das Unternehmen zu ‚binden‘. Der Nationalismus ist eine moderne ideologische Integrationsform, die seit jeher auch darauf zielt, die mit dem Lohnarbeitsverhältnis verwobenen sozialen Konflikte zu entschärfen. Es

gehört somit zu den Charakteristika auch der neuesten Erscheinungsform marktwirtschaftlich-kapitalistischer Gesellschaften, dass sie, wie Etienne Balibar (Balibar/Wallerstein 1990, 259) bemerkt, beständig „eine regressive Vorstellung von einem Nationalstaat“ reproduzieren, „in dem die Menschen von Natur aus ‚zu Hause‘ sind, weil sie ‚unter sich‘ sind“.

Freilich unterschätzt Balibar, dass diese Konstruktionen des Nationalen in der Blütezeit des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus einen höchst realen Kern besaß und z. T. noch immer besitzen. Sozialpartnerschaftsideologien konnten in der Prosperitätsphase des rheinischen Kapitalismus mit einem universalistischen Duktus operieren, weil sie dem Erfahrungskern einer großen Mehrzahl der Arbeitnehmer entsprachen. In der Phase des expandierenden Sozialstaats vollzog sich aus der Perspektive der – vorwiegend männlichen – Vollzeitbeschäftigten in geschützten Normarbeitsverhältnissen und ihrer Familien eine relative Abkoppelung der Arbeitskraft von Marktrisiken. Beteiligung der Arbeiterschaft am Produktivitätsfortschritt, Massenkonsum, verbrieftes industrielle Rechte wie die Mitbestimmung und der Ausbau sozialer Sicherungssysteme wurden zur Basis eines Sozialstaatsbewusstseins, das mit einem Kapitalismustyp korrespondierte, der im deutschen Fall ausgesprochen kohäsive soziale Züge trug.

Die anhaltende Krise dieses Gesellschaftstyps bewirkt nun, dass nationales Sozialstaatsbewusstsein in eine regressiv-moderne Ausschlussideologie transformiert wird. Diese Ausschlussideologie kann als *reaktiver Nationalismus* bezeichnet werden. Im Zentrum des reaktiven Nationalismus steht das Bestreben, die „Wohlstandinsel Deutschland“ vor illegitimen, „fremden“ Ansprüchen schützen zu wollen. Um den Kuchen nicht mit zu Vielen teilen zu müssen, sollen die Zugänge zu dieser Insel erschwert und scharf kontrolliert werden. Bevorzugte Ausschlusskriterien sind (wirtschaftliche) ‚Nützlichkeit‘ und ‚Kultur‘. Kein befragter Arbeiter oder Angestellter definiert sich als Ausländer- oder Fremdenfeind. Jeder kennt den „guten Ausländer“. Abgelehnt wird eine fremde, unbekannte, nicht-weiße, nicht-europäische „Kultur“, deren zugeschriebene Merkmale gleichsam naturalisiert werden. Es macht wenig Sinn, diese Grundhaltung pauschal als Wohlstandschauvinismus oder Standortnationalismus zu attackieren, weil in ihr legitime Ansprüche auf Sicherheit, „gute Arbeit“ und „gutes Leben“ mitschwingen. Im Unterschied zum „Sozialimperialismus“ (Mann 2001, 278ff) des frühen

20. Jahrhunderts ist diese Haltung zutiefst defensiv. Anders als der so genannte linke Faschismus des Strasser-Flügels in der NSDAP fehlt ihr das revolutionäre Pathos. Sie ist konservativ. Konservativ insofern, als sich in ihr die Sehnsucht nach einer Republik, nach einer Gesellschaft manifestiert, die so nicht mehr existiert. Der reaktive Nationalismus von Arbeitern, Angestellten und alten wie neuen Selbständigen definiert sich nicht, jedenfalls nicht primär, über völkische Ideen und Symbole. Er beruft sich höchst modern auf ein Verständnis des Nationalen, das soziale Ansprüche, also Bürgerrechte legitimiert. Auch deshalb lässt sich der reaktive Nationalismus nicht als neue Variante faschistischer Blut- und Boden-Ideologien attackieren. Politisch brisant an dieser Alltagsphilosophie ist, dass sie sich vom Sozialstaatsbewusstsein früherer Jahrzehnte auf den ersten Blick nur graduell unterscheidet.

Der reaktive Nationalismus des 21. Jahrhunderts sucht zentrale Elemente überkommener Sozialpartnerschaftsideologien zu konservieren. Soweit er sich auf das Innere der „Wohlstandinsel“ bezieht, besitzt er mitunter ein feines Gespür für soziale Ungleichheit. Er beklagt ungerechte Verhältnisse und er besteht auf „fairem Tausch“, auf einem ausgewogenen Geben und Nehmen („gutes Geld für gute Leistung“), das die Beziehungen von Belegschaften und Management, von Kapital und Arbeit prägen soll. Das Klassifikationssystem ändert sich jedoch, sobald die „Wohlstandinsel Deutschland“ in Beziehung zu anderen, vermeintlich konkurrierenden Staaten gesetzt wird. In diesem Kontext werden Verteilungskämpfe zwischen „Oben“ und „Unten“ in eine Auseinandersetzung zwischen Kulturen und Nationen umgedeutet. Der reaktive Nationalismus von Lohnabhängigen ist somit eine spezifische national- und sozialpopulistische Antwort auf die Entgrenzung der Märkte. In einer historischen Konstellation, in der die – lange Zeit überaus erfolgreiche – Verklammerung von Nationalstaat und sozialreformeller Politik zerbrochen ist, in der die soziale Integrationskraft der Erwerbsarbeit nachlässt und die Ideologie des Globalismus zur Triebkraft sozialer Unsicherheit wird, bietet sich die Politik mit den Grenzen als imaginärer Ausweg an.

### 3. Hilfloser „Anti-Rechtsextremismus“?

Zu einer ernsthaften Bedrohung kann der latente, alltagsweltlich verankerte Rechtspopulismus aber nur werden, wenn er mit einer Krise politischer Repräsentation zusammenfällt. Wer im Sinne eines reaktiven Nationalismus denkt und handelt, ist noch kein Rechtsextremist. Vielmehr handelt er durchaus in Übereinstimmung mit der dominanten Ideologie eines „Wettbewerbsstaates“, dessen Legitimität sich in erster Linie darauf gründet, alle verfügbaren Ressourcen zu mobilisieren, um die nationale Position im globalen Standortwettbewerb zu verbessern (Hirsch 2002). Die implizite Selbstverpflichtung demokratischer Parteien auf einen nationalen Standortpakt, der soziale Interessen den Imperativen weltwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit unterordnet, liefert die Maßstäbe für jene Formen des Selbstregierens, deren Aneignung angesichts der marktgetriebenen Flexibilisierung von Erwerbsarbeit zu einer Lebensnotwendigkeit wird. In dem Maße jedoch, wie ein politisches System die sozialen Folgen und Spaltungen, die diese Formen des Selbstregierens mitverursachen, ignoriert, ausblendet und unthematisiert lässt, entsteht Spielraum für politische Formationen, die Repräsentationslücken im Sinne eines imaginären, weil Herrschafts- und Ausgrenzungsmechanismen verstärkenden Protests nutzen.

Dass rechtspopulistische Formationen in Deutschland den Durchbruch auf nationaler Ebene nicht geschafft haben, sollte indessen kein Grund zur Beruhigung sein. Hierzulande wirkt der reaktive Nationalismus vor allem als „rechtspopulistische Unterströmung“ (Birsl/Lösche 2001) in demokratischen Parteien, Verbänden und auch in den Gewerkschaften. Die punktuellen Erfolge rechtspopulistischer Formationen genügen häufig, um demokratische Organisationen zur Übernahme von Deutungsmustern und politischen Forderungen zu motivieren, die zuvor exklusives Ideengut der extremen Rechten waren. Gerade die – auch von den Befürwortern häufig defensiv geführte – Auseinandersetzung um das Zuwanderungsgesetz, das Deutschland faktisch als Einwanderungsland definiert, zeigt, wie wirksam diese rechtspopulistische Unterströmung hierzulande bereits ist. Selbst die Befürworter dieses Gesetzes führen die Auseinandersetzung häufig, indem sie den zuwanderungs*begrenzenden* Effekt dieses Gesetzes ins Zentrum stellen. Gleichzeitig verzichten sie darauf, Integration als *wechselseitige Aufgabe* zu begründen, die nicht nur von den Migranten, sondern auch von der

Mehrheitsgesellschaft aktive Integrationsanstrengungen verlangt. Der darin angelegte Verzicht auf eine offensive Auseinandersetzung mit der rechtspopulistischen Unterströmung kann letztlich dazu führen, dass demokratische Parteien und Gewerkschaften bei brisanten Zukunftsthemen wie der Regelung von Zuwanderung handlungsunfähig werden.

Doch wie lässt sich eine rechtspopulistische Unterströmung bekämpfen, die eher im Verborgenen wirkt? Meine – vorläufige und unvollständige – Antwort lautet, dass wirksame Gegenstrategien tatsächlich an den strukturellen Verwerfungen ansetzen müssen, die den Boden für „reaktiven Nationalismus“ bereiten. Die Frage ist jedoch, ob solche Ansätze überhaupt schon existieren. Sicher fehlt es in vielen Betrieben und Unternehmen nicht an gutem Willen, um fremdenfeindliche, rassistische oder rechtsextreme Gesinnungen in die Schranken zu weisen. Im Gegenteil: Dort, wo die Belegschaften multinational zusammengesetzt sind, wäre es fatal, wenn Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus eskalierten und damit den Produktionsablauf empfindlich stören würden. Dementsprechend haben Manager und Betriebsräte ein gemeinsames Interesse daran, solche Aufwallungen im Keim zu ersticken. Wer unter den Bedingungen von Internationalisierung und Just-in-time-Produktion dennoch aus der Rolle fällt, muss mit harten Sanktionen bis hin zur Entlassung rechnen. Daher ist es kein Wunder, wenn in den vom Weltmarkt disziplinierten Produktionsgemeinschaften offene Fremdenfeindlichkeit oder offensiv zur Schau gestellter Rechtsextremismus Ausnahmeerscheinungen bleiben.

Viele Manager und Betriebsräte argumentieren denn auch, dass derartiges in „ihrem Betrieb“ oder „ihrem Unternehmen“ nicht vorkommt. Hinter der intakten Fassade verbergen sich freilich in vielen Fällen diskriminierende Strukturen. So arbeiten Migranten überwiegend in den B-Segmenten der Arbeitsmärkte; sie verrichten häufig die stark belastenden, schlecht entlohnten Jedermannsarbeiten. Sie sind überdurchschnittlich hoch vom Arbeitslosigkeitsrisiko betroffen. Und sie sind in den Betriebsräten und dem hauptamtlichen Funktionärskörper der Gewerkschaften nur unterdurchschnittlich vertreten. Mehr noch: Der Verlust des Arbeitsplatzes in den besonders rationalisierungsgefährdeten Produktionsbereichen mit gering qualifizierten Beschäftigten ist häufig gleichbedeutend mit dem Verlust einer anerkannten gesellschaftlichen Position. Typisch für die Bündelung von Arbeitsmarktrisiken ist heute eine 45- bis

55jährige türkische oder osteuropäische Frau ohne Ausbildung und zureichende Deutschkenntnisse. Wenn Migranten, die auch im Betrieb immer unter ihresgleichen waren und sich nie gezwungen sahen, in der deutschsprachigen Mehrheitsgesellschaft eigenständig kommunizieren zu müssen, ihren Arbeitsplatz verlieren, büßen sie zugleich den Kontakt zu jener „Oberschicht“ ausländischer Arbeiter ein, die ihnen aufgrund ihrer Sprachkenntnisse auch den Alltag organisieren konnte. Von daher ist die Gefahr durchaus real, dass Migranten das Hauptrekrutierungspotential für die „Zone der Entkoppelung“ stellen (Öztürk 2002). Diskriminierungsmechanismen, die diese Verhältnisse reproduzieren, sind in der Regel in den alltäglichen Praktiken der betrieblichen Akteure verankert. Sobald diese Mechanismen zu einem Mittel der Konkurrenz unter den Beschäftigten werden, können sie ethnische Spannungen provozieren, die in den Betrieben im Verborgenen gedeihen, um sich dann an anderen Orten um so heftiger zu entladen.

Solche Diskriminierungsmechanismen werden von einem repressiven Vorgehen gegen offenen Rechtsextremismus und Rassismus in keiner Weise bearbeitet. Vielmehr sorgt die symbolische Auseinandersetzung mit offenem Neonazismus oder Gewalttätigkeit häufig für eine „moralische Entlastung“ der Verantwortlichen. Sie erleichtern es den Entscheidungsträgern, die wirklich „heißen Eisen“ gar nicht erst anfassen zu müssen. Mehr noch, selbst offensive Integrationsbemühungen können, bleiben strukturelle Diskriminierungsmechanismen unangetastet, höchst problematisch wirken.

So sind einige Unternehmen dazu übergegangen, Multinationalität offensiv nach außen zu vermarkten. „Diversity Management“ heißt das Zauberwort für einen Ansatz, der kulturelle und ethnische Vielfalt im Unternehmen zu einem Markenzeichen erklärt, das z. B. den Absatz von Autos fördern soll. Es soll nicht bestritten werden, dass „Diversity Management“, sofern es mit wirksamen internen Integrationsprogrammen verbunden wird, durchaus progressive Effekte zeitigen kann. Es kann aber auch das krasse Gegenteil eintreten. Als Credo sich kosmopolitisch gebender Manager erscheint das Lob kultureller Vielfalt vielen Beschäftigten als eine Art Luxus, den sich nur die Wohlhabenden, in Sicherheit lebenden Gruppen der Gesellschaft leisten können. Wird dieses Credo von Führungskräften verkündet, die aus der Beschäftigtensicht ein neues Maß an sozialer Unsicherheit und Ungewissheit für die Belegschaften verantworten, kann gut gemeintes Diversity Management gar als

Kampfansage verstanden werden. Der Kosmopolitismus der Manager wird dann als raffinierte Strategie wahrgenommen, die „den deutschen Arbeitern“ nehmen oder vorenthalten will, was ihnen qua Nationalität „eigentlich“ zusteht.

Ein Management, dem das Gespür dafür fehlt, dass kulturelle und ethnische Vielfalt je nach sozialer Position höchst Unterschiedliches bedeuten kann, wird erleben, wie gut gemeinte Aktivitäten verpuffen. Unternehmen können z. B. noch so viele Sprachkurse anbieten, integrieren werden sie damit für sich genommen nichts und niemanden. So lange Migranten, die z. T. nicht einmal des Lesens und Schreibens in ihrer Muttersprache mächtig sind, befürchten müssen, aufgrund ihrer Qualifikationsdefizite zu den Opfern der nächsten Entlassungswelle zu gehören, werden sie alles daran setzen, diese Defizite nicht preisgeben zu müssen. Der Sprachkurs ist für sie keine Option. Selbst gutwillige Manager werden daher Mühe haben, auch nur die Zahl der Analphabeten festzustellen, die es unter ihren Arbeiterinnen und Arbeitern gibt.

Die Chancen für eine wirksame Integrationspolitik werden größer, wenn sie von den Interessenvertretungen der Beschäftigten mitgetragen werden. Betriebsvereinbarungen zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus sind ein durch das neue Betriebsverfassungsgesetz legitimes Mittel, mit dessen Hilfe die Interessenvertretungen ins Spiel gebracht werden. Häufig sind solche Betriebsvereinbarungen die Voraussetzung dafür, dass in den Betrieben überhaupt etwas geschieht. Inzwischen gibt es eine durchaus beachtliche Zahl solcher Vereinbarungen. Wirksam werden sie überall dort, wo es nicht bei einer formalen Festlegung bleibt, sondern Aktionsprogramme zur Umsetzung vereinbart werden.

Doch gerade hier gibt es Grenzen. Viele Betriebsräte fühlen sich angesichts ständiger Reorganisationsmaßnahmen und Standortkonkurrenzen in ihren Unternehmen überfordert; „politische“ Aktivitäten gegen Rassismus und Rechtsextremismus erscheinen ihnen daher als zusätzliche Belastung. Es gibt aber auch Hindernisse anderer Art. Dort, wo die Probleme wirklich brennen, also in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes, die von den Beschäftigten selbst bewusst „ausländerfrei“ gehalten werden, agieren viele Interessenvertretungen angepasst. Sie neigen dazu, strukturelle Diskriminierung nicht anzutasten.



Um Missverständnissen vorzubeugen: die Benennung solcher Schwierigkeiten für eine wirksame Strategie gegen rechtspopulistische Tendenzen in der Arbeitswelt spricht weder gegen Betriebsvereinbarungen noch gegen Diversity-Management. Wichtig ist jedoch, dass die Akteure die Grenzen ihrer Anstrengungen kennen. Die Einsicht in die Begrenztheit des eigenen Tuns kann entlastend wirken. Das gilt gerade auch für erzieherische und aufklärerische Aktivitäten, die schon vor dem Eintritt in die Arbeitswelt auf demokratische Sozialisation abzielen.

Als Fazit lässt sich festhalten: Wenn die soziale Bindekraft von Erwerbsarbeit insgesamt schwindet, weil sich für immer mehr Menschen auf eben diese Erwerbsarbeit kein stabiler Lebensentwurf gründen lässt, dann ist das der Nährboden für rechten Populismus. Soll dieser Populismus wirksam bekämpft werden, dann muss eine neue „starke Koppelung“ von sozialer Sicherheit und Erwerbsarbeit hergestellt werden. Ein solches Unterfangen läuft faktisch auf das Projekt einer neuen Arbeitsverfassung hinaus. Ein solches Projekt hätte sich an einem Leitbild zu orientieren, das Phasen der Erwerbsarbeit flexibel mit Phasen der beruflichen Weiterbildung und Phasen der Muße bzw. der familialen Reproduktion verbindet. Die sozialen Sicherungssysteme müssten so verändert werden, dass sie den Wechsel zwischen verschiedenen Lebensphasen absichern. Dies wäre das Modell einer positiven Flexibilisierung von Erwerbsarbeit, das zugleich einen neuen Begriff der Vollbeschäftigung voraussetzen würde. Es wäre eine Arbeitsverfassung, die neue Möglichkeiten zur Realisierung von Geschlechterdemokratie und Zeitwohlstand eröffnen würde. Kein Zweifel: die Realisierung ein solchen Projekts wäre, wenn sie denn überhaupt in Angriff genommen würde, das Werk mindestens einer, wenn nicht mehrerer Generationen. Damit ist auch gesagt, dass die Verwerfungen, die der Nährboden für die extreme Rechte sein können, noch lange andauern werden. Der Aufstieg eines „autoritären Kapitalismus“ (Heitmeyer 2001) ist nicht unaufhaltsam; es gehört jedoch wenig Phantasie dazu, um sich diese Negativutopie auch für die politische Entwicklung in Westeuropa als reale Option vorzustellen. Noch gibt es aber auch Grund zur Hoffnung. Die gleichen Bergleute, die fest davon überzeugt sind, dass ihnen Ausländer die Arbeitsplätze genommen haben, können sich in anderen Fällen durchaus solidarisch verhalten. Etwa wenn sie feststellen, dass ein jugendlicher Fußballstar kosovo-albanischer Abstammung samt seiner Familie über Nacht in ein „Heimatland“

abgeschoben worden ist, das er niemals zuvor gesehen hat. Die Solidarität, die dann einsetzt, zeugt von einem zivilisatorisch-demokratischen Potential, das ebenfalls mobilisierbar ist. Das Aufspüren solcher Potentiale ist der Angelpunkt jeder wirksamen Gegenstrategie.

## Literatur

- Balibar, Étienne (1990): Der „Klassen-Rassismus“, in: Étienne Balibar/Immanuel Wallerstein (Hrsg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument, S. 247–260.
- Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument.
- Beck, Ulrich (2002): Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Betz, Hans-Georg (2001): Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 167–185.
- Bielefeld, Uli (Hrsg.) (1991): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt? Hamburg: Junius.
- Birsl, Ursula/Lösche, Peter (2001): (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 346–380.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J. D. (1996): Reflexive Anthropologie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre u. a. (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: Universitätsverlag.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: Universitätsverlag.
- Dörre, Klaus (2002): Kampf und Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Foucault, Michel (2000): Die Gouvernamentalität, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hrsg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 41–67.
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften. Hamburg: Argument.
- Heitmeyer, Wilhelm (2001): Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentwicklung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 497–534.

- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg: VSA.
- Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München: Europa-Verlag.
- Kitschelt, Herbert (2001): Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: Ethisch kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte, in: Dietmar Loch/ Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 418–442.
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt a. M.: Campus-Verlag.
- Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2001): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mann, Michael (2001): Geschichte der Macht. Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten. Band 3, Teil II. Frankfurt a. M.: Campus-Verlag.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2003): Wieder dienen lernen? Von westdeutschen ‚Normalarbeitsverhältnis‘ zu prekärer Beschäftigung seit 1973. Berlin: Edition Sigma.
- Mecklenburg, Jens (Hrsg.) (1999): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin: Elefanten-Press.
- Minkenberg, Michael (1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Öztürk, Nihat (2002): Solidarität und MigrantInnen – Opfer der Globalisierung. Kurswechsel, 2, S. 50-64.
- Plasser, Fritz u. a. (Hrsg.) (1995): Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.
- Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin-Verlag.
- Stöss, Richard (1999): Rechtsextremismus und Wahlen 1998, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin: Elefanten-Press, S. 146–165.
- Taguieff, Pierre-André (1991): Die Metamorphosen des Rassismus und die Krisen des Antirassismus, in: Uli Bielefeld (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt? Hamburg: Junius, S. 221–268.
- Wacquant, Loïc J. D. (1997): Über Amerika als verkehrte Utopie, in: Bourdieu, Pierre u. a.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz: Universitätsverlag, S. 169–178.

*Der Autor:*

PD Dr. Klaus Dörre  
 Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation e. V.  
 Münsterstr. 13–15  
 45657 Recklinghausen

E-Mail: klaus.doerre@ruhr-uni-bochum.de

**Journal für Konflikt- und Gewaltforschung (JKG),  
5. Jg., Heft 2/2003**

**Journal of Conflict and Violence Research,  
Vol. 5, 2/2003**

*Herausgeber:*

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Vorstand: Günter Albrecht, Otto Backes, Heiner Bielefeldt, Rainer Dollase, Wilhelm Heitmeyer, Filiz Kutluer, Jürgen Mansel, Jana Klemm).

*Wissenschaftlicher Beirat:*

Jens Dangschat (Wien); Manuel Eisner (Cambridge); Hartmut Esser (Mannheim); Friedrich Heckmann (Bamberg); Hans-Gerd Jaschke (Berlin); Wolfgang Kühnel (Berlin); Alf Lüdtke (Erfurt/Göttingen); Amélie Mummendey (Jena); Gertrud Nunner-Winkler (München); Karl F. Schumann (Bremen); Helmut Thome (Halle); Michael Vester (Hannover); Peter Waldmann (Augsburg).

*Redaktion:*

Heiner Bielefeldt (Berlin); Wilhelm Heitmeyer; Peter Imbusch; Kurt Saltentin; Peter Sitzer; Gisela Wiebke; Stefanie Würzt (Trier).

*Cover:*

Doris Voss, Audiovisuelles Zentrum der Universität Bielefeld.

*Gesamtherstellung:*

Druckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

*Aboverwaltung/Rechnungswesen:*

Sabine Passon, Tel.: 0521/106-3163

*Anschrift der Redaktion:*

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Tel.: 0521/106-3165; Fax: 0521/106-6415; E-Mail: [ikg@uni-bielefeld.de](mailto:ikg@uni-bielefeld.de)

*Erscheinungsweise:*

Zweimal jährlich (15. April und 15. Oktober).

*Bezugsbedingungen:*

Jahresabonnement: € 20 (ermäßigt für Studierende und Erwerbslose: € 15); Einzelhefte: € 12,50 (ermäßigt € 7,50). Preise jeweils zzgl. Versandkosten. Schriftliche Bestellungen bitte an die Redaktionsanschrift oder an den Buchhandel (ISSN 1438-9444).

Das „Journal für Konflikt- und Gewaltforschung“ wird für folgende Referateorgane ausgewertet: SOLIS, Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Worldwide Political Science Abstracts und Linguistics and Language Behavior Abstracts.

**Themenschwerpunkt: Konflikte um religiöse Symbole**

*Stefano Allievi*

Konflikte um islamische Symbole in Europa

**6**

*Jonas Otterbeck*

The Legal Status of Islamic Minorities in Sweden

**32**

*Jordi Moreras*

„Die katholischen Könige sollen zurückkehren!“  
Die Konflikte um die muslimische Präsenz in Katalonien

**52**

*Jörg Hüttermann*

Der Konflikt um islamische Symbole zwischen lebensweltlich sedimentiertem Gastrecht und formalem Recht: Eine fallgestützte Analyse

**74**

**Analysen**

*Klaus Dörre*

Rechte Orientierungen in der Arbeitswelt: Marktsteuerung als Ursache des neuen Rechtspopulismus?

**103**

*Pénélope Larzillière*

Palästinensische „Märtyrer“: eine vergleichende Analyse über Selbstmordattentäter

**121**

**Essay**

*Karl-Heinz Meier-Braun*

Zuwanderungspolitik. Von einer Geschichte, die nicht zu Ende gehen wollte

**143**

**Summaries**

**157**